

Schweiz unter Druck

Kaum hat die Schweiz zur UNO Ja gesagt, gerät sie bereits wieder unter massiven Druck von aussen. Die EU hat von der Schweiz ultimativ Zugeständnisse im Bereich des Bankgeheimnisses verlangt. Es gilt, kühlen Kopf zu bewahren und sich nicht erpressen zu lassen. Lesen Sie dazu den Artikel des Wirtschaftsfachmanns und Nationalrats Hans Kaufmann auf **Seite 3**



Bild: SPB, Marcus Gyger

Freiheit und Unhängigkeit

Seite 5

Nationalrat und Parteipräsident Ueli Maurer zur Rolle der SVP in der Aussenpolitik

Freiheit statt Reservat

Seite 9

Die SVP lehnt die Zusatzprotokolle zur Alpenkonvention ab

Skizze einer Therapie

Seiten 14-15

Wie der Berner Finanzdirektor Urs Gasche die Kantonsfinanzen sanieren will

Achse des Bösen?

Achse des Bösen hat der Präsident der USA drei Staaten genannt. Solch schrille Unbedingtheit in der politischen Sprache Amerikas verfehlt kaum jemals, in Europa Stirnrundeln hervorzurufen.

Denkt man über diese Stimmungsdifferenz zwischen den beiden Seiten des Atlantik etwas nach, lassen sich zwei Hauptunterschiede feststellen. In Europa weiss im Grunde jede Macht, dass sie weltpolitisch nicht mehr alleine auftreten kann, dass sie Rücksicht nehmen muss. Anders Amerika: Seine einmalige Stellung erlaubt ihm, sich notfalls nur um die eigene Überzeugung zu kümmern.

Zu dieser nicht unproblematischen Möglichkeit gesellt sich der Zwang, das Leben zahlreicher Menschen in die weltpolitische Waagschale zu

werfen. Diesem Zwang kann sich die erste Weltmacht nicht entziehen.

Klare Botschaft als Voraussetzung

Wer nun aber das Leben einsetzen soll, wer den Einsatz seines Sohnes, seiner Tochter, seines Lebensgefährten, seiner Mutter, seines Vaters unterstützen soll, braucht eine klare Botschaft. Daran sollten wir uns erinnern, wenn wir über die von George W. Bush beschworene Achse des Bösen sprechen.

Verbreitung der Mittel- und Langstreckenraketen bekämpfen

Absichten kommen und gehen, Möglichkeiten bleiben. Wenn nicht alles täuscht, geht es dem amerikanischen Präsidenten in der nächsten Phase seines Krieges gegen den Terrorismus darum, auf die Dauer zu verhindern, dass Mittel- oder Langstreckenraketen in die Hände von Regierungen gelangen, die keine Gewähr dafür bieten, dass die Lenkwaffen nicht eines Tages, mit Massenvernichtungsmitteln in den Sprengköpfen, so auf Ballungszentren abgefeuert werden, dass am Abend des Angriffs der 11. September 2001 nur noch eine ferne und



► Bundesrat Samuel Schmid

vergleichsweise harmlose Erinnerung ist.

Wie immer dem sei: Die Welt ist eine andere geworden und wir tun gut daran, den Versuch zu unternehmen, die tatsächlichen Vorgänge zu verstehen. ◀



Demokratie stärken oder Verwaltungsbürokratie festigen?

Immer, wenn eine Reform der Volksrechte ansteht, heisst es, man wolle die „Demokratie stärken“ und „verwesentlichen“. Faktisch bedeutet dies jedoch meist einen Abbau von Rechten und eine Erweiterung der Bürokratie. Auch in der Frühjahrssession des Nationalrates wurden verschiedene derartige Vorstösse behandelt.

Nach dem Willen des Bundesrates sollen die Wahlvorschläge künftig nicht nur Name, Geburtsdatum etc. des Vorgesetzten enthalten, sondern auch noch das Geschlecht: Der Bündner Bubename „Andrea“ Sorge bisweilen für Verwirrung... Ein öffentliches Parteienregister - so ein weiterer bundesrätlicher Vorschlag - soll zudem mehr Transparenz bringen. Dass die Bundesversammlung hierzu - wir haben ja kaum Gesetze - eine eigene Verordnung erlassen wird, ist selbstverständlich.

Um dem Bürger zu „helfen“ soll die Landesregierung künftig vor Nationalratswahlen „Informations- und Sensibilisierungskampagnen insbesondere zur Förderung der Stimmbeteiligung, zur Förderung von Frauenkandidaturen und zur ausgeglicheneren Vertretung der Geschlechter im Parlament durchführen“. Worauf bundesrätliche „Sensibilisierungskampagnen“ hinauslaufen, wissen wir spätestens seit dem UNO-Abstimmungskampf. Besonders ärgerlich ist, dass der Steuerzahler diese Manöver wiederum aus seiner Tasche zu berappen hat. Störend ist zudem, dass demokratische Entscheide weiter verrechtlicht werden sollen: Gerichtliche Beschwerdemöglichkeiten haben Hochkonjunktur. Das Bundesgericht und nicht die Bundesversammlung soll neu letztinstanzlich über die Gültigkeit von Volksbegehren entscheiden. Damit wird die Gewaltenteilung weiter aufgeweicht; die Gerichte erhalten immer mehr politische Macht. Wohin dies führt, sieht man in unseren Nachbarländern: Mit Blick auf den Euro-Entscheid des Bundesverfassungsgerichtes bekannte Ex-Kanzler Kohl letzthin freimütig, dass der Euro „nie durchgekommen wäre, wenn es eine Volksabstimmung darüber gegeben hätte“. Wenn wir uns vor derartigen undemokratischen Tendenzen schützen wollen, sind wir gut beraten, jede vordergründige „Stärkung“ der Demokratie kritisch zu hinterfragen. ◀

Gregor A. Rutz, Generalsekretär



EU bedrängt Schweizer Bankgeheimnis

Kaum liegt die Abstimmung über den UNO-Beitritt der Schweiz hinter uns, nimmt der Druck des Auslandes auf die Schweiz bereits wieder zu. Am 6. März 2002 forderte der EU-Kommissar Frits Bolkestein die Schweiz zur unverzüglichen Verhandlungsaufnahme bei der Zinsbesteuerung auf.

Die EU hat sich in diesem Dossier selbst unter Zeitdruck gesetzt, indem sie den Abschluss der entsprechenden Verhandlungen mit Drittstaaten auf Ende Juni 2002 festgelegt hat. Die Schweiz ihrerseits möchte, dass die EU zuerst zwei auf der EU-Seite noch fehlende Verhandlungsmandate (Schengen/Dublin: Kooperation im Polizei- und Asylbereich und Dienstleistungen) verabschiedet.

10 Mandate

Am 30.1.2002 gab der Bundesrat denn auch schweizerischerseits die definitive Verab-

steuerung. Immerhin sollen gemäss Michael Ambühl, dem Chef des Integrationsbüros, die Abkommen über Betrugsbekämpfung, Zinsbesteuerung, Schengen/Dublin und die Liberalisierung der Dienstleistungen in der Schweiz in referendumsfähige Beschlüsse gekleidet werden. Auch in der EU seien nationale Ratifizierungen nötig.

EU-Steuerhoheit über die Schweiz?

Bei der "Zinsbesteuerung" geht es um den Versuch, die

Zinsbesteuerung

Die Europäische Union arbeitet derzeit an einem Projekt zur Sicherstellung einer sehr weit gehenden Besteuerung von Zinserträgen. Dazu sollen die Banken EU-weit gezwungen werden, den Steuerbehörden ihre Kundendaten zu übergeben. Die EU übt Druck auf die Schweiz aus, dieses System ebenfalls zu übernehmen. Dies würde die Aufgabe des Bankgeheimnisses bedeuten. Die SVP zieht das bewährte System der Verrechnungssteuer vor.

scheidung der 10 Mandate der zweiten bilateralen Verhandlungsrunde bekannt: Betrugsbekämpfung, verarbeitete Landwirtschaftsprodukte, Umwelt, Statistik, Bildung, Medien, Ruhegehälter, Dienstleistungen und jene zwei Abkommen, die viele Schweizerinnen und Schweizer mit grossem Argwohn verfolgen, nämlich das "Schengen/Dublin"-Abkommen und die Verhandlungen über die Zinsbe-

EU-Steuerhoheit durch eine effiziente Mindestbesteuerung von Zinserträgen schleichend auf souveräne, aussen stehende Staaten wie die Schweiz auszudehnen. Dabei handelt es sich um Zinsen, die von einer in einem EU-Mitgliedstaat ansässigen Zahlstelle (z.B. einer Bank) an eine natürliche Person, die in einem anderen EU-Mitgliedstaat als tatsächlich Begünstigte steuerpflichtig ist, ausbezahlt wer-

den. Um diese Besteuerung sicherzustellen, will die EU ein System des automatischen Informationsaustausches zwischen ihren Mitgliedstaaten einführen. Die Schweiz soll mit einem bilateralen Vertrag in dieses System eingebunden werden. Die EU wünscht nach einer siebenjährigen Übergangszeit, bzw. ab dem Jahre 2010 einen Anschluss der Schweiz an das EU-Meldesystem. Die Schweiz und deren Finanzinstitute wären verpflichtet, "Auskünfte auf breitestmöglicher Basis" über die Auszahlung von Zinsen an einen "Steuerausländer" an dessen zuständige Steuerbehörde zu erteilen, damit dessen Besteuerung im Sitzstaat sichergestellt werden kann. Ein solches Meldeverfahren bedeutete das Ende des Schweizer Bankkundengeheimnisses und damit der Privatsphäre, welche in der Bundesverfassung (Art. 13) garantiert ist.

Steuerhinterziehung in der Schweiz ist nur deshalb möglich, weil ausländische Anlageinstrumente ohne Verrechnungssteuerabzug, vorab aus Europa, in Form von Treuhandanlagen oder Euro-Anleihen zur Verfügung stehen. Würde die EU wie die



► Nationalrat Hans Kaufmann
Wirtschaftsberater, Wettswil (ZH)

Schweiz eine Emittentensteuer erheben, wäre die Steuerhinterziehung weitestgehend unterbunden und Verhandlungen mit der Schweiz überflüssig. Der Bundesrat signalisiert trotzdem Bereitschaft - falls sich die EU auf eine gemeinsame Regelung inklusive Einbezug der abhängigen oder assoziierten Gebiete einigt - unter Wahrung des Bankgeheimnisses nach Wegen zu suchen, Umgehungsmöglichkeiten über die Schweiz unattraktiv zu machen. Dies bedeutet konkret, dass eine Ergänzung der Verrechnungssteuer durch die Zahlstellensteuer im Vordergrund steht. Die Schweiz soll also für die EU den ausländischen Kunden der Schweizer Banken eine Quellensteuer erheben und diese anschliessend der EU über-

4.027

ZUPPIGER & PARTNER
Wirtschafts- und Unternehmensberatung

Schweizergasse 14, Postfach 1013
8021 Zürich
Telefon 01 226 15 15, Fax 01 226 15 25
E-Mail: zuppiger-bruno@bluewin.ch

Büro Hinwil:
Bruno Zuppiger
Rebaldenstrasse 10, 8340 Hinwil
Telefon 01 937 34 57
Fax 01 977 23 90

- Unternehmensberatung für Klein- und Mittelbetriebe (sämtliche Bereiche der Unternehmensführung von der Gründung bis zur Liquidation)
- Kaderselektion und Personalvermittlung
- Treuhandwesen (Finanz- und Rechnungswesen, Buchhaltungen usw.)
- Beratung in Rechts-, Finanz- und Verwaltungsfragen



weisen. Eine solche Steuer erscheint nicht zweckmässig. Die richtige Lösung für die EU-Steuerflucht wäre die Einführung einer Quellensteuer in der EU, die von den Emittenten bezahlt wird. Das wäre administrativ effizient.

EU will Finanzplatz Schweiz schwächen

Solange die EU ihre Probleme selber lösen kann, sollte die Schweizer Regierung unserem Finanzplatz und sich selbst nicht unnötigen, massiven

administrativen Aufwand aufbürden. Es ist auch offensichtlich, dass die EU als Nebenziel eine Schwächung des wettbewerbsfähigen Finanzplatzes Schweiz zugunsten ihrer eigenen Finanzmetropolen anstrebt. Es geht somit nicht nur um eine Vereinheitlichung der Steuersysteme in Europa, sondern teilweise auch um reine Machtpolitik. Die gleichen Länder, welche die Schweiz erpressen, weigern sich bekanntlich, steuerlich bessergestellte Gebiete in ihrem eigenen Einflussgebiet wie Monaco oder die englischen Kanal-Inseln zu bedrängen. Andere Länder

haben erkannt, worum es letztlich geht. Im Sommer 2001 erklärte der amerikanische Finanzminister Paul O. Neill, dass die USA nicht mehr bereit seien, im bisherigen Ausmass bei der OECD Task Force zur Bekämpfung von Steuerparadiesen mitzumachen. Die USA seien gegen eine weltweite Harmonisierung von Steuern, sondern befürworteten den Steuerwettbewerb. Führende amerikanische Zeitungen sind der Meinung, die OECD werde von der EU missbraucht, um unter dem Deckmantel der Bekämpfung von Geldwäscherei die Flucht von Kapital

aus der EU zu bremsen. Wenn die Steuerlast bis 60% des Einkommens erreiche, müsse man sich nicht wundern, wenn Kapital abgezogen werde. Oder anders ausgedrückt: nur tiefe Steuern verhindern einen Kapitalabfluss. Die Schweizer Regierung täte gut daran, sich nicht von der EU erpressen zu lassen, denn eine Volksabstimmung über neue Steuern und das Einkassieren von Steuern für ausländische Mächte dürfte vom Bundesrat nicht problemlos zu gewinnen sein. ◀

Am Anfang jeder starken Werbung steht das Inserat!

Gerne senden wir Ihnen unverbindlich den aktuellen SVPja-Inseratetarif. Telefon 031 302 58 58 oder svpja@svp.ch

STADLER

Clevere Lösungen auf der Schiene

Damit Bahnfahren Spass macht.

Stadler Bussnang AG
9565 Bussnang

Telefon 071 626 20 20

E-Mail stadler.bussnang@stadlerrail.ch



Freiheit und Unabhängigkeit

Die Freiheit und Unabhängigkeit unseres Landes haben für unsere Partei auch nach der UNO-Abstimmung höchste Priorität. So lange Bundesrat und die anderen Regierungsparteien am EU-Beitritt festhalten, wird es auch weiterhin allein an der SVP liegen, sich für die Freiheit und Unabhängigkeit der Schweiz einzusetzen.

Mit hauchdünnem Ständemehr und einem knappen Volksmehr hat das Schweizer Volk am 3. März den UNO-Beitritt gutgeheissen. Der Bundesrat hat in seinem Abstimmungskampf eine Reihe von Versprechen abgegeben, für deren Einhaltung sich unsere Partei einsetzen wird.

Bundesrat hat viel versprochen

So hat der Bundesrat immer versprochen, an der schweizerischen Neutralität festzuhalten und damit die Position der Schweiz auf dem internationalen Parkett zu stärken. Eine der ersten Reaktionen auf die UNO-Abstimmung war ein geharnischter Brief der EU mit offener Drohung an Finanzminister Villiger, sich in Bezug auf eine Zahlstellensteuer endlich kooperativ zu zeigen. Praktisch gleichzeitig kritisiert eine UNO-Kommission die schweizerische Einbürgerungspolitik und bezeichnet Volksentscheide als fremdenfeindlich. Ob das jetzt ändern wird, wenn unsere Vertreter in New York sagen, wo Bartli den Most holt?

Der Bundesrat hat ferner versprochen, die Kosten einzuhalten und sich bei Truppeneinsätzen an eine restriktive Auslegung des Militärgesetzes zu halten. Als politische Kraft,

die die Landesregierung an ihre Versprechen erinnert, braucht es die SVP nach diesem Volksentscheid erst recht.

Bilaterale Verträge nicht à discrétion

Ein besonderes Augenmerk wird die SVP in den nächsten Monaten auf die neuen bilateralen Verhandlungen mit der EU richten. Wir werden darauf achten, dass wir nicht vor lauter bilateralen Abkommen plötzlich das Niveau des EU-Beitrittes erreichen. Es bleibt zu befürchten (und wird hinter vorgehaltener Hand zu verstehen gegeben), dass diese Strategie sowohl in Brüssel als auch von Schweizer Seite angewendet werden könnte.

Ausser einer Verbesserung des Handels mit verarbeiteten landwirtschaftlichen Produkten besteht zurzeit von Schweizer Seite kein vitales Interesse an weiteren Abkommen. Eine integrale Übernahme von Schengen lehnt die SVP ab. Eine Preisgabe des Bankkundengeheimnisses kommt für unsere Partei nicht in Frage.

Ein besonderes Augenmerk wird die SVP auch auf andere internationale Verträge richten. Noch dieses Jahr sollen die Protokolle zur Alpenkonvention ratifiziert werden.

Damit wird ein weiteres Stück Souveränität aufgegeben. Die SVP hat diese Protokolle seit jeher abgelehnt und wird dies noch bekräftigen. Auch mit der Ratifizierung des Klimaprotokolls von Kyoto - das ebenfalls noch dieses Jahr durch das Parlament gepeitscht werden soll - will sich unser Land zu Lasten des Wirtschaftsstandortes als Musterschüler ins Rampenlicht stellen und nimmt dabei einen Verlust an Souveränität in Kauf. Die SVP wird dagegen ankämpfen, dass dem Volk Entscheidungsrechte entwunden und an internationale Gremien delegiert werden.

EU und NATO sind nicht vom Tisch

Auch der EU-Beitritt ist nicht vom Tisch. Er figuriert nach wie vor als Legislaturziel des Bundesrates für die Jahre 2003 bis 2007. Dieser Terminplan wird zurzeit zwar etwas verwedelt, es ist aber nicht daran zu zweifeln, dass am EU-Beitritt in verschiedenen Ämtern eifrig gewerkelt wird. Die SVP bleibt die einzige politisch ernst zu nehmende Kraft, die sich gegen den EU-Beitritt einsetzt. Die SP hat genügend bewiesen, dass sie im entscheidenden Moment die Mitteparteien einbinden kann. Diese haben leider kaum mehr die Kraft, sich dagegen zur Wehr zu setzen.

Schliesslich ist auch eine weitere Annäherung an die NATO zu beobachten. Die Armee-reform XXI zeugt in verschiedenen Ansätzen davon. Bleibt zu hoffen, dass hier der Nationalrat dem Ständerat folgen wird und weitere Korrekturen vornehmen kann. Die Miliz muss das Rückgrat unserer



► Nationalrat Ueli Maurer, Parteipräsident SVP

Armee bleiben und dies verträgt sich schlecht mit den Profiarmeen der NATO.

Volksrechte im Zentrum

Bei all diesen internationalen Abkommen, Verträgen und möglichen Beitritten gehen unsere Volksrechte Stück um Stück verloren. Unsere Demokratie lebt von der direkten Mitgestaltung der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger. Die direkte Demokratie ist eine der tragenden Säulen unseres Staatswesens. Verlierer bei all den genannten Vorhaben ist immer das Volk. Dafür können Politiker und Beamte an internationalen Treffen mitmachen. Für diesen Trostpreis setzen wir unsere Souveränität nicht aufs Spiel. Freiheit und Unabhängigkeit sind uns wichtiger. ◀

Diskutieren Sie mit:



Arteplages ohne Boden? Bundesgelder ohne Ende!

Sechseinhalb mal höher als 1996 bewilligt werden jetzt die Bundesbeiträge an die Expo bezahlt. Statt 130 Millionen Franken, die ursprünglich genehmigt worden sind, betragen die Bundesgelder jetzt 838 Millionen Franken.

Jeder Vereinsvorstand, der bei der Organisation eines Wald- und Wiesenfestes sein Budget in diesen Proportionen überzieht, wird unverzüglich in die Wüste geschickt. Haben Sie solches je von der Expo gehört?

Dort heisst es, es würde nicht zuviel Geld ausgegeben. Vielmehr hätten die Sponsoren aus der Wirtschaft nicht die erwarteten (und von irgendwelchen Expo-Phantasten geplanten) Summen gebracht. Vor rund einem Jahr hatte allerdings die Direktorin feierlich erklärt, zum Sparen sei es jetzt zu spät. Mit dieser Parole hat sie sich zweifellos erfolgreich durchgesetzt. Belege verpasster Sparsamkeit lassen sich in Hülle und Fülle finden: Handwerker, die ohne Offerte, nach Regie abrechnen dürfen. Falsch oder zu spät vergebene Handwerker-Aufträge, für welche ein Express-Zu-

schlag anfallen wird. Eine Broschüre, in welcher sich die Expo ihres umweltbewussten Verhaltens rühmt, wurde auf Papier der Stärke 200 (!) Gramm gedruckt.

Spielerei für 500'000 Franken

Auch die folgende kleine Geschichte belegt den verantwortungslosen Umgang mit Steuergeldern: Der Architekt des schwimmenden Monolithen der Arteplage Murten, Jean Nouvel, besichtigte das fertige Werk, einen 4'000 Tonnen schweren, mit Stahlplatten verkleideten Würfel. In Gegenwart von Gewährleuten erklärte Nouvel, die Stahlplatten müssten rostig sein, so gefiele ihm das nicht. Darauf wurden die Stahlplatten demontiert, nach Italien transportiert, dort in einem Säurebad oxidiert und wieder in die Schweiz zurück-

geführt. Kosten: Fast eine halbe Million Franken.

Wenn eine angebettelte Unternehmung im Rahmen der Sponsorensuche die Frechheit hatte, nach der Gegenleistung für den Sponsorenbeitrag zu fragen und sich vorstellte, an der Landesausstellung eines seiner Produkte dem Publikum zur Schau zu stellen, wurde ihr entgegengehalten, es handle sich bei der Expo nicht um eine OLMA oder gar um eine Mustermesse. Ein Sponsoring-Vermittler offerierte 15 Millionen Franken Sponsorengeld für die Gegenleistung, dass der Produktname eines Getränkes auf die Dampf Wolke von Yverdon projiziert werden könne. „Wir suchen uns unsere Sponsoren selber“, lautete die stolze Antwort des künstlerischen Direktors. Dass mit einer derart überheblichen Haltung in unserem Land keine Sponsorengelder zusammenzubringen sind, ist eine Erkenntnis, die bei den Expo-Verantwortlichen noch immer kein Verständnis findet.

Bereits der Bundesrat, in Sonntagsreden stets vom Sparen sprechend, hat bei der Expo gleiches finanzpoli-

tesch Verantwortungsabwusstsein abgestreift. Das Zusammenwirken von professioneller Inkompetenz, künstlerisch-spielerischem und poetischem Umgang mit Steuergeldern auf der einen Seite und finanzpolitischer Widersprüchlichkeit im Bundeshaus führt schliesslich zu einem Milliardenesaster, welches in Bundesdefiziten seinen Ausdruck findet.

Es ist bedauerlich, dass das Parlament nicht den Mut aufbrachte, diesen finanzpolitischen Sittenzerfall zu stoppen und eine weitere, unter keinem Titel zu verantwortende Verschleuderung von Steuergeldern zu unterbinden.

Soap Opera

Aber die letzte Fortsetzung der Soap Opera „Expo-Finanzierung“ ist noch nicht geschrieben. Das nächste Kreditgesuch kommt bestimmt. Hoffen wir, dass ein guter Besuch der Expo.02 zur Folge hat, dass die Bundeskasse nicht nochmals mit dreistelligen Millionenbeträgen beansprucht werden wird!

Dr. J. Alexander Baumann,
Nationalrat, Kreuzlingen/TG

Sicherheit in Salt Lake City - die Messlatte liegt hoch



Die olympischen Winterspiele in Salt Lake City haben alles übertroffen, was bisher zu erleben war. Auch punkto Sicherheit. Die Austragungsorte waren praktisch alle über 6-spurige Autobahnen zu erreichen. Die Parkplätze lagen 5 Minuten vor Ortseinfahrt und hatten jeweils die Grösse der Stadt Bern (!). Und dennoch wurden die Zuschauer - nicht selten 40'000 - ohne Wartezeit in Bussen zum Austragungsort transportiert. Kurz vor dem Eintritt ins Wettkampfgelände waren die Sicherheitskontrollen zu passieren. Innert kürzester Zeit wurden die Zuschauer durch Schleusen geführt. Massnahmen, die auf Grund der Ereignisse am 11. September notwendig geworden waren. Seit letztem Jahr ist alles anders. Bewachungsfirmen brauchen sich nicht über Auftragsmangel zu beklagen. Bei Grossveranstaltungen denkt man zuerst an die Sicherheitskonzepte. Das ist nicht nur für die Olympiakandidatur Bern 2010 von Bedeutung. Will die Schweiz auch künftig Austragungsort für Grossereignisse sein, müssen wir uns entsprechend vorbereiten. Mit Salt Lake City ist die Messlatte hoch gelegt. Aber die Schweiz hat die Ressourcen für Höchstleistungen, im Sport und im Sicherheitsbereich.

Heinz Egli, Mitglied des Präsidiums Swiss Ski



Wenige Vorlagen - wichtige Geschäfte

In der Frühjahrsession 2002 standen nur wenige, dafür umso gewichtigere Geschäfte, an. Zeit genug, um pendente Vorstösse zu behandeln, aber auch neue einzureichen.

Aussenpolitik - jetzt erst recht

Nach dem knappen Ja zur UNO beschloss die SVP-Fraktion, mit Vorstössen den Bundesrat auf seine Versprechungen im Abstimmungskampf zu behaften. Mit einer Interpellation legte sie deshalb den Finger auf konkrete gesetzliche Neuerungen, namentlich im Bereich Gesundheits-, Umwelt- und Finanzpolitik, aber auch auf die Folgen im Personalbereich der Bundesverwaltung. Mit einer Motion fordert sie im Weiteren den Bundesrat auf, wie versprochen eine Revision der UNO-Charta zur Aufhebung des Vetorechts anzustreben.

Auch zur Fortsetzung der bilateralen Verhandlungen sah die SVP Handlungsbedarf. In einer dringlichen Interpellation, namentlich zu Schengen, erkundigte sie sich nach den Leitplanken für die Verhandlungsmandate. Das Büro anerkannte die Dringlichkeit und in der Sondersession vom 15. - 17. April werden die offenen Fragen zur Diskussion kommen.

Vorstösse für mehr Transparenz

Nachdem es Mode geworden ist, dass Verwaltungsräte, Beiräte und Geschäftsleitungen sich aus dem Vermögen der Firmen bereichern, die ihnen gar nicht gehören, besteht Handlungsbedarf. Es hat nichts mehr mit freiem Markt zu tun,

wenn sich Leute am Privateigentum kleiner Aktionäre vergreifen, indem sie Firmen aussaugen, die keinen ausreichenden Gewinn abwerfen. Mit mehr Transparenz muss hier Abhilfe geschaffen werden. Die SVP-Fraktion reichte deshalb zwei Parlamentarische Initiativen im Nationalrat ein und Ständerat Maximilian Reimann doppelte mit einer dringlichen Interpellation nach.

SVP kämpft allein gegen Asylrechtsmissbrauch

Die Behandlung der Volksinitiative „gegen Asylrechtsmissbrauch“ im Rat ist nun beendet und die Vorlage abstimmungsreif. Mit widersprüchlichen Argumenten schlägt der Bundesrat die Initiative zur Ablehnung vor, und die Mehrheit des Parlamentes ist ihm - nicht unerwartet natürlich - gefolgt. Einerseits bereits erfüllt, andererseits wegen internationalen Verpflichtungen unerfüllbar, so die wenig überzeugende Argumentation des Bundesrates. Die Fakten, das heisst die steigenden Zahlen der Asylgesuche, sprechen eine andere Sprache und geben der SVP recht.

Goldinitiative goldrichtig

Auch das zweite Volksbegehren der SVP, die Goldinitiative ist abstimmungsreif und auf Erfolg versprechendem Kurs.

Auch wenn Umfragen in gewissen Medien etwas anderes zu sagen versuchen, findet die Solidaritätsstiftung kaum mehr Sympathien. Wie unausgereift die Idee sowohl bei ihrer Lancierung wie auch heute noch ist, zeigen die endlosen und variantenreichen Diskussionen um ihren Zweck. Wer mit den überschüssigen Reserven der Nationalbank wirklich helfen will, stimmt der Goldinitiative und damit der Bewirtschaftung zu Gunsten der AHV zu.

Recht auf Einbürgerung auf dem Schleichweg

In der Einbürgerungsvorlage betreibt der Bundesrat eine bemerkenswerte Salamtaktik: Die Gesetzesgrundlage kommt in mehreren Teilvorlagen daher, um wenigstens Teile davon sicher ins Ziel zu führen. Dazu kommt, dass mit einer separaten parlamentarischen Initiative die Einführung eines Beschwerderechts gegen Einbürgerungen vorgezogen werden soll. Damit wird faktisch ein Recht auf Einbürgerung geschaffen. Eine Neuerung im schweizerischen System, die einmal mehr darauf abzielt, Volksrechte zu beschneiden, um die Schweiz europakompatibel zu machen. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger werden sich das nicht gefallen lassen dürfen.

Parlamentarierentschädigung

Als beinahe tollkühn muss eine Vorlage bezeichnet werden, die unter dem Titel „Unterstützung zur Erfüllung der parlamentarischen Aufgaben“ bescheiden daher kommt. Da sollen nicht nur Gelder aus



► **Alikei M. Panayides, stv. Generalsekretärin SVP Schweiz**

der maroden Bundeskasse gesprochen werden, damit gestresste Parlamentarier Mitarbeiter einstellen können, sondern gleichzeitig die Regelung dazu vom Gesetz in die Verordnung geschoben werden. Damit könnte das Volk künftig nicht mehr eingreifen, wenn das Parlament seine eigenen Entschädigungen erhöhen will. Bleibt abzuwarten, ob der Ständerat einer solchen Kompetenzverschiebung zustimmt. Wenn ja, wird ein Referendum sicher nicht ausbleiben.

CO₂-Vorstösse abgelehnt

Keinen Erfolg hatte die SVP mit ihren Vorstössen zur Klimapolitik. Die Schweiz hat mit dem CO₂-Gesetz die weltweit strengsten Regulierungen in dieser Sache und spielt damit wieder einmal in umweltpolitischen Fragen Musterknabe. Die SVP wehrt sich dagegen, dass die Wirtschaft durch solche Übungen immer mehr in Mitleidenschaft gezogen wird und an internationaler Konkurrenzfähigkeit einbüsst. Leider fand die Politik der SVP bei den anderen Parteien - auch bei solchen, die sich gerne wirtschaftsfreundlich nennen - keine Unterstützung. ◀

Kein Beschwerderecht gegen diskriminierende Einbürgerungsentscheide

Die vom Nationalrat am 20. März 2002 beschlossene Kommissionsinitiative verlangt die Einführung eines Beschwerderechts bei willkürlichen und diskriminierenden Einbürgerungsentscheiden. Sollte diese Vorlage auch vom Ständerat unterstützt werden, wird die SVP das Referendum ergreifen.

Es geht darum, Volksentscheide an Gemeindeversammlungen und bei Urnenabstimmungen sowie Parlamentsentscheide bei Einbürgerungen einer gerichtlichen Kontrolle zu unterstellen. Damit werden die Volksrechte und die Parlamentsrechte eingeschränkt.

Wer ein Beschwerderecht gegen Einbürgerungsentscheide verlangt, will ein Recht auf Einbürgerung. Ein solcher Rechtsanspruch ist klar abzulehnen. Das behauptete verfassungsmässige Recht auf eine

willkürfreie und diskriminierungsfreie Einbürgerung steht im Gegensatz zum verfassungsmässigen Recht des Stimmbürgers, seinen Willen frei zum Ausdruck bringen zu können. Gemäss der verfassungsrechtlich garantierten Abstimmungs-freiheit (Art. 34 Abs. 2 BV) schuldet der einzelne Stimmbürger niemandem Rechenschaft über sein Stimmverhalten.

Wenn ein Recht auf Einbürgerung und ein Beschwerderecht gegen Einbürgerungsentschei-

de eingeführt werden sollen, muss dies in der Verfassung festgeschrieben und obligatorisch dem Volk zum Entscheid vorgelegt werden. Genau dies will man nicht. Vielmehr wird versucht, das Beschwerderecht gegen Einbürgerungsentscheide am Souverän vorbei zu schmuggeln. Dies ist staatspolitisch bedenklich.

Schliesslich ist der Vorschlag des Nationalrates in der Praxis kaum durchführbar. Bei einem Volksentscheid oder Parlamentsentscheid besteht keine Begründungspflicht. Damit ist die gerichtliche Überprüfung nur beschränkt oder überhaupt nicht möglich.

Schliesslich bedeutet der Entscheid des Nationalrates einen klaren Eingriff in die Autonomie der Gemeinden und Kantone. Eine entsprechende ver-



► Nationalrat Rudolf Joder, Belp

fassungsrechtliche Grundlage besteht nicht.

Die SVP ist entschlossen, gegen diesen Entscheid des Nationalrates anzukämpfen. Die beschlossene Missachtung der Volksrechte kann nicht akzeptiert werden! ◀

SVP Frauen Schweiz - Wahlkampf 2003

Links/Rechts-Schema: Weltanschauliche Hintergründe und Auswirkungen

Was ist eigentlich „links“ und was ist „rechts“? Dr. Peter Karlen (SVP-Bundesrichter) und Gregor A. Rutz (SVP-Generalsekretär) zeigen Ihnen anhand von praktischen Beispielen aus dem politischen Alltag sowie der Bundes- und Kantonsverfassung, wie sich weltanschauliche Hintergründe auswirken.

Inhalte:

- philosophischer/weltanschaulicher Über- und Rückblick
- Wie setzt man bürgerliche Ideen im politischen Alltag um?
- „Sündenfälle“ der eidgenössischen Politik in der jüngeren Vergangenheit
- Thema am Beispiel der neuen zürcherischen Verfassung erarbeiten

Das Seminar richtet sich an alle SVP Frauen und Sympathisantinnen.

Datum: Samstag, 27. April 2002, 9:15 Uhr bis 13:00 Uhr

Ort: Zunfthaus zur Schneidern, Königsstuhl, Stüssihofstatt 3, Zürich

Kosten: Fr. 50.- (inklusive Kaffeepause)

Anmeldung erwünscht bis zum 15. April 2002:

Generalsekretariat SVP, Silvia Bär, Brückfeldstrasse 18, 3000 Bern 26

Telefon 031 302 58 58, Fax 031 301 75 85, e-mail: baer@svp.ch

L'Union démocratique du Centre du Canton de Genève (UDC-Genève) souhaite engager

UN(E) SECRETAIRE GENERAL(E)

- Entrée en fonction: dès que possible
- Emploi à plein temps
- Nécessité d'être titulaire d'un CFC commercial ou d'une licence universitaire (droit, gestion, sciences politiques ou économiques).
- Le poste requiert une grande capacité d'organisation, d'administration, de direction, de rédaction et de communication, ainsi qu'une bonne connaissance de la langue allemande parlée et écrite.

En cas d'intérêt, prière de contacter Monsieur Frédy Savioz, 022 731 91 57



Freiheit statt Reservat!

Unsere Bergregionen sind schön, sehr schön, ja sogar einmalig - und sie sind auch schützenswert. Soweit sind sich sicher fast alle einig. Ob aber der grenzüberschreitende Schutz der Bergregionen über die Alpenkonvention erfolgen soll, ist - gerade in den betroffenen Berggebieten - sehr umstritten.

Neun Zusatzprotokolle zur Alpenkonvention sollen demnächst vom Parlament ratifiziert werden (s. unten). In diesem Artikel soll das Tourismusprotokoll aus der Sicht des besonders betroffenen Kantons Graubünden speziell beleuchtet werden.

Verbietet Alpenkonvention sportliche Grossanlässe?

Mit dem Tourismusprotokoll verpflichten sich die Vertragsparteien unter anderem, "möglichst nur landschafts- und umweltschonende Projekte zu fördern". Was versteht man unter landschafts- und um-

weltschonenden Projekten? Wäre eine Ski-WM oder sogar eine Olympiakandidatur nach der Ratifizierung des Protokolls noch denkbar?

Ebenfalls verpflichten sich die Vertragspartner, Ruhezonon auszuweisen, in denen auf touristische Erschliessungen verzichtet wird. Mehrere solcher Ruhezonon sind bereits vorhanden. Neue sind aber nicht unbedingt gefragt, wie die Ablehnung der Nationalparkerweiterung gezeigt hat.

Ein weiteres Ziel des Tourismusprotokolls ist die Begrenzung des motorisierten Verkehrs. Eine solche Einschränkung im alpinen Raum mag



► In Zukunft noch mehr Einschränkungen im Alpenraum?

aus Sicht verkehrsgeplagter Stadtmenschen als sympathisches Manifest für eine heilere Bergwelt verstanden werden, aus der Sicht einer Tourismusregion im Berggebiet ist dies aber nicht denkbar.

Nachhaltigkeit auch ohne Alpenkonvention

Sicher sind die Bergregionen daran interessiert, eine nachhaltige Tourismusedwicklung zu betreiben. Dies wird schon

seit Jahren gemacht und in Zukunft mit Gewissheit beibehalten. Die Regelungen im Protokoll der Alpenkonvention schränken aber den Spielraum der Tourismusbranche spürbar ein und würden eine gesunde Weiterentwicklung des Alpentourismus verhindern. Solche Regelungen tragen nicht zum Wohle der Bergbevölkerung bei und sollten auf keinen Fall ratifiziert werden.

◀ **Reto Rauch,**
Präsident Junge SVP GR

Bevormundung der Berggebiete

In diesem Jahr steht die parlamentarische Genehmigung der Zusatzprotokolle zur Alpenkonvention an. Das Vertragswerk, dessen Ziel die nachhaltige Entwicklung im Alpenraum ist, schießt weit übers Ziel hinaus.

Das Vertragswerk besteht aus einer von der Schweiz bereits ratifizierten Rahmenkonvention und neun Zusatzprotokollen in den Gebieten Bevölkerung und Kultur, Raumplanung, Luftreinhaltung, Bodenschutz, Wasserhaushalt, Naturschutz und Landschaftspflege, Berglandwirtschaft, Bergwald, Tourismus und Freizeit, Verkehr, Energie und

Abfallwirtschaft.

Zu ausgewählten Protokollen kann folgendes gesagt werden: Das Protokoll „Raumplanung und Entwicklung“ greift in unzulässiger Weise in kantonale Kompetenzbereiche ein, indem es etwa eine Beschränkung des Zweitwohnungsbaus fordert. Der konsequente Vollzug des Protokolls „Natur-

schutz und Landschaftspflege“ gefährdete die Bergbevölkerung in ihren existentiellen Grundlagen, weil der Naturschutzgedanke in überbordender Weise vorherrscht. Das Energieprotokoll führte zu einer Beeinträchtigung der Entwicklung der Wasserkraft, weil es unter anderem neue Entwürfe für Energiesteuern vorsieht. Das Verkehrsprotokoll beschneidet in arger Weise die freie Wahl des Verkehrsmittels, indem es in Art. 11 Abs. 1 den Verzicht auf neue hochrangige, alpenquerende Strassen fordert. Das Streitbeilegungsprotokoll führte sodann dazu, dass fremde Richter über den Alpenschutz

in unserem Land urteilen würden, Richter aus Staaten nota bene, deren eigener Alpenschutz weit hinter schweizerischem Standard zurückbleibt.

Wie sehr die Alpenkonvention und ihre Protokolle auch in der betroffenen Bevölkerung umstritten sind, zeigt die Gründung des SVP-Komitees „Freiheit statt Reservat“, welches sich aus SVP-Vertretern der verschiedenen Gebirgskantone zusammensetzt und sich gegen die parlamentarische Genehmigung der Zusatzprotokolle zur Wehr setzt. ◀

Manuel Brandenburg,
wiss. Mitarbeiter SVP Schweiz



21.-28. Mai 2002

Von Venedig ins Piemont

Während unserer 8-tägigen Reise haben wir die Gelegenheit, Venedig mit der unvergleichlichen Eigenart seiner Wasserstrassen sowie der Schönheit der Paläste und Kirchen, und die abwechslungsreiche Region Piemont näher kennen zu lernen.

Zuerst besuchen wir die oberitalienische Stadt Bergamo, wo wir die schöne Altstadt besichtigen und an einem interessanten, politischen Treffen teilnehmen. Zweimal übernachten wir in der Lagunen-

stadt Venedig, die wir auf einem geführten Rundgang kennen lernen. Später reisen wir weiter nach Alba im Piemont für die nächsten 4 Übernachtungen. Neben abwechslungsreichen Besichtigungen (Schne-

ckenzucht, Haselnussplantage, Schloss) degustieren wir die feinen Weine und geniessen die Köstlichkeiten der regionalen Küche. Wir unternehmen auch einen Ausflug nach Turin, der Hauptstadt des Piemont. In den Städten steht uns überall genügend freie Zeit für Einkäufe und individuelle Besichtigungen zur Verfügung. Geniessen Sie unbeschwerte Tage mit gleichgesinnten Mitreisenden. Profitieren Sie von organisierten Ausflügen und Besichtigun-



► Besuchen Sie wunderschöne Schlösser im Piemont

gen mit Deutsch sprechender Reiseleitung. Lassen Sie sich in sehr guten Hotels (****-Hotels in Bergamo und Alba, ***-Hotel in Venedig) verwöhnen. ◀

Pauschalpreis:	CHF 1890.—	pro Person bei mindestens 20 zahlenden Teilnehmern
	CHF 1740.—	pro Person bei mindestens 30 zahlenden Teilnehmern
Einzelzimmer:	CHF 320.—	Zuschlag pro Person (Anzahl beschränkt)
Versicherung:	CHF 55.—	pro Person für Annullationskosten- und SOS-Rückreiseversicherung
Leistungen:	Fahrt im luxuriösen Reiseocar, 7 Übernachtungen inkl. Frühstücks-buffets, Kaffee und Gipfeli am 1. Tag, 3 Abendessen im Hotel, 1 gastronomisches Abendessen in einem feinen Restaurant, 2 Mittagessen, Weindegustationen, Eintritte, Stadtführungen und Besichtigungen mit Deutsch sprechenden Führern, SVP-Reiseleitung, Ausführliche Reisedokumentation.	

Anmeldeschluss

15. April 2002

Bestellen Sie das detaillierte Reiseprogramm mit Anmelde-talon unverbindlich bei:

Ernst Marti AG
Hirschengraben 8
3001 Bern

Telefon 031 390 55 75

Fax 031 390 55 70

gruppenzentrum@marti.ch

KURZMELDUNGEN

SEKTIONSGRÜNDUNGEN:

- 15. Februar Däniken (SO)
- 20. März La Chaux-de-Fonds (NE)

WAHLEN:

Am 3. März fanden neben den eidgenössischen Abstimmungen auch zahlreiche kantonale und kommunale Wahlen und Abstimmungen statt.

- Mit 61 % unterstützten die Stimmberechtigten des Kantons Appenzell Ausserrhoden ein Referendum der SVP, das sich gegen die Zentralisierung im Zivilstandswesen richtete (siehe Artikel Seite 13).
- Im Kanton Solothurn setzte die SVP in der Volksabstimmung ihr Modell zur Reduktion des Kantonsrates auf 100 Mitglieder gegen CVP und FDP durch.
- Im Kanton Nidwalden trat die SVP erstmals bei kantonalen Wahlen an und errang auf Anhieb 7 Sitze.
- Im Kanton Obwalden erreichte die SVP mit der gleichen Ausgangslage ebenfalls 7 Sitze. Leider blieb die Regierungsratskandidatur von Albert Sigrist, Kantonalpräsident, ohne Erfolg.

- In den Kantonen Glarus und Graubünden haben Regierungsratswahlen stattgefunden. Im Kanton Graubünden wurde Eveline Widmer-Schlumpf im ersten Wahlgang glänzend gewählt, während Klaus Huber noch einmal antreten muss. Im Kanton Glarus wurde der Wiederkandidierende Robert Marti in seinem Amt bestätigt. Noch ist unklar, ob der zweite Sitz der SVP gehalten werden kann.
- Im Kanton Waadt erreichte die SVP eine Zunahme um mehr als die Hälfte und steigerte ihre Sitzzahl von 14 auf 22.
- Auch in der Stadt Zürich war die SVP in den Parlamentswahlen erfolgreich und gewann 5 Sitze. Sie ist jetzt mit Abstand stärkste bürgerliche Kraft. Ein Sitz in der Stadtregierung konnte dagegen bisher nicht geholt werden. Rolf A. Siegenthaler tritt im zweiten Wahlgang um den letzten freien Sitz an.
- Erfolgreich war die SVP auch in anderen zürcherischen Gemeinden: In Winterthur gewann die SVP im Stadtparlament 4 Sitze, in Dübendorf 3 Sitze und in Uster einen Sitz.

Bitte melden Sie Sektionsgründungen zur Veröffentlichung umgehend dem SVPja (svpja@svp.ch)

Vormarsch der SVP in der Westschweiz

Die französischsprachigen Sektionen der SVP haben in den letzten Monaten und Jahren z.T. spektakuläre Erfolge erzielt.

Waadt



1921 als BGB gegründet, ist unsere Sektion in der Waadt seit Jahrzehnten verankert. Seit 1999, als die SVP 17 der 180 Verfassungsratssitze gewann, reiht sich Erfolg an Erfolg. Obwohl die Bisherige nicht mehr antrat, wurden im Herbst 1999 bei den Nationalratswahlen zwei Sitze gewonnen. In den Gemeindevahlen vom Herbst 2001 wurde ein ganz neues Wählerpotenzial erschlossen. Die SVP gewann z.T. mehr Sitze, als sie Kandidaten aufstellte. In den kantonalen Wahlen vom 3. März 2002 schliesslich gewann die SVP 8 Sitze und ist jetzt mit 22 Vertretern im Grossrat die viertstärkste Kraft. Im Regierungsrat hat die SVP VD einen Sitz inne. Ausserdem wurde am Samstag, 16. März 2002 in Lausanne mit der Jungen SVP Waadt die 18. Kantonalsektion der

Jungen SVP Schweiz gegründet. Die Mutterpartei wünscht den Jungen viel Erfolg beim Aufbau ihrer neuen Sektion.

Freiburg



Auch im zweisprachigen Kanton Freiburg ist die SVP seit Jahrzehnten vertreten (Gründungsjahr 1922). Im März 2000 wurden 10 SVP-Kandidaten in den Verfassungsrat gewählt. Im Herbst 2001 verdoppelte die SVP FR ihre Grossratsfraktion von 8 auf 16.

Jura



Im gleichen Jahr wie der neue Kanton wurde 1979 im Jura die SVP geboren. Entstanden ist die SVP Jura aus Amtssektionen der SVP Bern. Gegenwärtig hält die SVP JU einen Grossratsplatz. Anlässlich der kantonalen Wahlen im Herbst

dieses Jahres wird sich weisen, ob die SVP auch im Jura zulegen kann.

Genf



Seit 1987 auf der politischen Bühne Genfs präsent, liessen die Ergebnisse der Nationalratswahlen 1999 aufhorchen, als die SVP beinahe einen Sitz gewann. Im letzten Jahr entstand im 100-köpfigen Grossrat eine SVP-Fraktion von 10 Mitgliedern.

Wallis



Diese junge Sektion wurde 1999 gegründet. An den kantonalen Wahlen 2001 errang die SVP VS 2 Grossratsmandate. Es mag etwas gewagt sein, Prognosen zu stellen, doch steht der Sektion eine vielversprechende Zukunft bevor. In den knapp drei Jahren seit ihrer Gründung hat die Walliser SVP bereits 6 Bezirkssektionen und zwei Ortssektionen gegründet. Weitere 4 Ortssektionen können



► Gilberte Demont, Koordinatorin SVP Romandie

demnächst gegründet werden.

Neuenburg



Das jüngste Kind der SVP kommt aus dem Neuenburgischen: Die Gründungsversammlung fand am 18. Oktober 2001 statt. Die kantonalen Wahlen wurden damit um wenige Monate verpasst. Die nationalen Wahlen im nächsten Herbst werden zeigen, wie gross der Schub der SVP NE ist. Bemerkenswert ist, dass in den 5 Monaten seit der Gründung die Mitgliederzahl verdoppelt werden konnte und bereits eine Bezirkssektion gegründet wurde. ◀

Kommentar

Es ist gewiss angebracht, angesichts des fulminanten Wachstums der SVP in der gesamten Westschweiz einige Überlegungen anzustellen. Hinter den beeindruckenden Zahlen steckt zuallererst viel Arbeit: Es gilt, Mitglieder anzuwerben, schlagkräftige Strukturen auf Bezirks- und Ortsebene aufzubauen, Arbeitsgruppen und Fachkommissionen einzusetzen, Informationsorgane zu schaffen und zu betreiben usw. Diese Grundlagenarbeit ist immer noch voll im Gang.

Die Stellungnahmen der SVP Schweiz sind klar, was in der Westschweiz ebenfalls stark geholfen hat. Eine klare politische Linie, in einer umfassenden Wahlplattform festgelegt und in der Tagespolitik glaubwürdig umgesetzt, verhilft unserer Partei zu einer gradlinigen Politik. Die SVP beschäftigt sich mit den realen Problemen unserer Gesellschaft.

Der Aufstieg der SVP in der französischsprachigen Schweiz wurde aber auch von aussen begünstigt. Die FDP bewegt sich immer mehr nach links. Aus Angst jemanden zu enttäuschen, verwischen die Freisinnigen ihre Positionen und verlieren so an Rückhalt bei ihrer Wählerschaft. Aktuelle Themen wie das Swissair-Debakel schwächen die FDP weiter. Für die CVP lässt sich nicht das Gleiche sagen, da die Stärke und die Haltungen dieser Partei in den verschiedenen Kantonen wie z.B. Waadt und Wallis, sehr unterschiedlich sind.

Auch wenn die Haltungen innerhalb der SVP - auf kantonaler Ebene oder im Rahmen der SVP Schweiz - manchmal auseinandergehen, gewinnt stets die demokratische Grundhaltung. Der Zusammenhalt in unserer Partei ist ausgesprochen stark. Die Positionen sind klar. Die SVP besticht durch ihre Integrität und ihre konstruktive Art zu politisieren. All diese Elemente tragen massgeblich dazu bei, dass die SVP das Vertrauen der Wählerschaft gewinnt.

Gilberte Demont, Koordinatorin SVP-Romandie

Ständerat erfüllt altes SVP-Postulat

Der Ständerat hat am 19. März entschieden, das Bundesstrafgericht in Bellinzona und das Bundesverwaltungsgericht in St. Gallen anzusiedeln. Damit hat er ein altes SVP-Postulat erfüllt.

Die Ständeratsdebatte vom 19. März 2002 verlief hitzig. Gestritten wurde über die Standorte der neuen Bundesgerichte. Der Bundesrat und die vorberatende Kommission hatten Aarau als Sitz für das Bundesstrafgericht und Freiburg als Sitz für das Bundesverwaltungsgericht ausserkoren. Doch es sollte anders kommen: der Ständerat sprach sich für Bellinzona und St. Gallen aus und erfüllte damit ein altes Postulat der SVP.

Postulat Mörgeli

Nationalrat Christoph Mörgeli hatte schon vor Jahresfrist an der Tessiner Session am 23. März 2001 postuliert, dass die neuen Gerichtsbehörden im Kanton Tessin unterzubringen seien (01.3203). Mit Stellung-

nahme vom 30. Mai 2001 lehnte der Bundesrat das Postulat mit der Begründung ab, dass für den Standort Tessin mehrere Standortvoraussetzungen nicht erfüllt seien. So ergäben sich namentlich Probleme mit der Personalrekrutierung und der Bereitschaft der Gerichtsmitglieder, in einem anderen Sprachgebiet beruflich tätig zu sein. Zudem verfüge der Kanton Tessin über keine Universität mit eigener juristischer Fakultät.

Ständerat abweichend

Der Ständerat liess solche Argumente nicht gelten und entschied sich mit 26 zu 15 Stimmen dafür, das Bundes-

strafgericht nach Bellinzona zu vergeben. Mit dem gleichen Ergebnis sprach er sich für die Vergabe des Bundesverwaltungsgerichts nach St. Gallen aus. SVP-Ständerat Hermann Bürgi (TG) setzte sich in der Plenumsdebatte vehement für den Standort St. Gallen ein und trug damit massgeblich zum Entscheid des Ständerates bei.

SVP fördert die Randregionen

Die Interventionen von Nationalrat Mörgeli und Ständerat Bürgi zeigen deutlich, dass die SVP nicht nur von Föderalismus und freundeidgenössischem Zusammenhalt schwätzt, sondern sich auch tatkräftig dafür einsetzt. Die SVP weiss, wie wenig selbstverständlich es ist, dass das Zusammenleben der verschiedenen Kulturen in unserem Lande reibungslos verläuft. Umso mehr setzt sie sich für die Förderung der Randregionen ein und stärkt damit dessen



► Manuel Brandenburg
wissenschaftl. Mitarbeiter SVP

Zusammenhalt. Anders der Bundesrat: mit kaum tiefgehenden, sondern weitgehend technokratischen Argumenten setzte er sich für näher liegende Standorte ein. Es erstaunt nicht, dass der Bundesrat föderalistische Gründe kaum beachtet. Es ist ein offenes Geheimnis, dass die Bundesverwaltung mit ihren zahlreichen und langen Armen nach mehr Macht greift und die Zentralisierung der Schweiz vorantreiben will. Die SVP weiss sich dagegen zu wehren. ◀

Berichtigung

Im SVPja Nr. 8/2001 vom 7. Dezember erschien auf den Seiten 2 und 3 ein Bericht über die Delegiertenversammlung in Luzern, an der die SVP Schweiz ihre Parole zur UNO-Abstimmung fasste. Bedauerlicherweise wurde Erich Wettstein aus Netstal (GL) als Gegner des UNO-Beitritts abgebildet, obwohl sich Herr Wettstein für den Beitritt der Schweiz zur UNO ausgesprochen hat. Die Redaktion des SVPja entschuldigt sich für diesen Fehler.

Nicht gegen, sondern für die UNO - Erich Wettstein



Impressum SVPja

Herausgegeben von
der Stiftung SVP-Parteizeitung

Anzeigenverwaltung:

Postadresse:

Abonnementspreise:

Bankverbindung:

Druck:

Adressänderungen:

Erscheint 12 Mal im Jahr

Kurt Küng, Tel. 079 333 11 50, Fax 032 621 29 42, info@kkrisk.ch

Generalsekretariat SVP, Brückfeldstr. 18, Postfach, 3000 Bern 26
Tel 031 302 58 58, Fax 031 301 75 85, svpja@svp.ch

Jahresabonnement für Nicht-Parteimitglieder 35.-
Parteimitgliedern wird die Zeitung gratis zugestellt.

Stiftung SVPja, UBS Bern-Länggasse, PC 30-35-9

Verlag Zofinger Tagblatt, Henzmannstr. 18, 4800 Zofingen
Tel. 062 745 93 93, Fax 062 745 93 49

siehe Adresse "Druck"

Verantwortlich für die Redaktion:

Dr. Yves Bichsel



SVP AR mit dem ersten Referendum erfolgreich

Die SVP Appenzell Ausserrhoden hat als erste Partei in der Geschichte des Kantons das Referendum gegen einen Beschluss des Parlaments (Reorganisation des Zivilstandswesens) ergriffen. Am 3. März unterstützte das Stimmvolk die SVP mit über 61 % der Stimmen.

Die radikale Reorganisation des Zivilstandswesens auf nur noch ein einziges Amt für den ganzen Kanton war schon im Parlament heftig umstritten, obsiegt aber mit dem Stichentscheid des Präsidenten.

Kahlschlag verhindert

In der Folge ergriff die SVP das Referendum und sammelte in knapp 2 Wochen über 1700 Unterschriften. Unter-

stützt durch ein überparteiliches Komitee verlief der Abstimmungskampf getreu dem Motto: "Alle gegen die SVP".

Doch der Abstimmungssonntag zeigte eindrücklich die Meinung des Volkes auf. Über 61 % der Bevölkerung folgten der Meinung des Referendumskomitees und legten ein Nein gegen einen bürgerunfreundlichen Kahlschlag im Zivilstandswesen ein.

Dieses hervorragende Resultat

zeigte einmal mehr, dass die SVP AR die Meinung des Volkes und nicht der Parlamentsmehrheit oder des Regierungsrates vertritt.

SVP AR plant Volksinitiative

Beflügelt durch diesen Abstimmungssieg, will nun die SVP AR durch eine Initiative die Wahl der Mitglieder des Parlamentes durch das Proporzwahlverfahren erreichen. Nur so ist die Vormachtstellung der FDP, die über 50% aller Parlamentarier und der Regierung im Kanton stellt, zu durchbrechen. Dies, obwohl zum Beispiel bei den Nationalratswahlen 1999 die SVP stärkste Kraft im Kanton war.

Mit der Proporzwahl werden



► Edgar Bischof
Vizepräsident SVP
Appenzell-Ausserrhoden

endlich alle Parteien in ihrer wirklichen Stärke im Parlament vertreten sein. ◀



Gute und schlechte Steuern

Das Steuersystem mit direkten und indirekten Steuern mit dem einfachen Ziel, unseren Staatshaushalt zu finanzieren, wird zunehmend zugunsten eines steuerlichen Lenkungsabgabensystems aufgegeben.

Eine Steuer wird erhöht mit dem Ziel, etwas anderes zu unterstützen. Wir müssen uns von diesem Finanzierungs- und Aufgabenwirrwarr lösen.

Ein Musterbeispiel solcher unnötiger Abgaben ist der Basler Stromsparbonus. Um es gleich vorweg zu nehmen. Mit dem Basler Stromsparbonus wurde keine einzige Kilowattstunde Strom gespart. Nichts dergleichen. Die gan-

ze Abgabe hatte überhaupt keinen messbaren Einfluss auf das Stromkonsumverhalten der Basler Konsumenten. Eine Lenkungsabgabe ohne Lenkung. Es ging letztendlich nur um die Verteuerung der Energie und um ein Umverteilen von Geld, ohne Sinn und Zweck.

Gute Steuern

In den Stromsparbonus dürf-

ten viele Beamtenjahre investiert worden sein. Allerdings ohne wirtschaftliche und soziale Wertschöpfung.

Genau gleich geht es mit den meisten Sondersteuern. Alles wird teurer und bringt nichts. Ich kenne keine einzige Lenkungsabgabe, welche irgend etwas bewirkt hat:

- Die Alkoholsteuer reduziert nicht den Konsum
- Die Tabaksteuer reduziert nicht das Rauchen
- Die Benzinsteuern reduziert nicht das Auto fahren
- Die LSWA reduziert nicht die Lastwagenfahrten und so weiter



► Dr. iur. Bernhard Madörin
Treuhandexperte, Grossrat,
Vizepräsident SVP Basel-Stadt

Die einzige Folge solcher Abgaben ist eine Verteuerung der Lebenskosten. Verpackt werden diese Sondersteuern als gute Steuern, da sie ein als allgemein negativ empfundenenes Verhalten besteuern. Damit soll die Steuer als gute Abgabe legitimiert werden. Im Ergebnis wird die Staatsquote erhöht, was das Ziel linker Politik ist. ◀



Die finanzpolitische Gesundung des Kantons Bern: Die Skizze einer Therapie

Einen substanziellen Schuldenabbau von jährlich 300 Millionen Franken in der Zeit von 2003 bis Ende 2005, eine Eigenfinanzierung von 100 Prozent über die gesamte Planperiode und die Schuldenquote auf 20 Prozent zu senken: Die Erfüllung dieser vom bernischen Parlament beschlossenen Vorgaben bedeutet, dass die Laufende Rechnung in den kommenden Jahren um deutlich mehr als 350 Millionen Franken jährlich verbessert werden muss. Notwendige Verbesserungen müssen aufwandseitig gesucht werden.

Ohne spürbaren Aufgabenabbau lassen sich die Vorgaben des Grossen Rates nicht annähernd erreichen. Der Regierungsrat ist sich jedoch bewusst, dass ein breites Herunterfahren des Angebots an öffentlichen Gütern den Kanton Bern nicht endgültig aus seinen Schwierigkeiten heraus bringen kann. Eine solche Politik allein droht nämlich das im Kanton Bern dringend nötige Wachstum, die qualitative Entwicklung und Innovationen zu ersticken und würde in der Politik zu unüberwindbaren Spannungen führen. Deshalb hatte sich der Regierungsrat anfänglich gegen die Überweisung der Motion der Finanzkommission und bloss für die Annahme als Postulat ausgesprochen.

Staatliche Dienstleistungen hinterfragen

Nach einer umfassenden Lagebeurteilung hat der Regierungsrat beschlossen, vor und zu Beginn der nächsten Legislatur eine strategische Aufgabenüberprüfung vorzunehmen. Dabei wird das gesamte Angebot an staatlichen Dienstleistungen hinterfragt. Es wird geprüft, wo Aufgaben des Kantons abgebaut, verändert oder konzentriert werden sol-

len. Auf Grund der Vorgaben des Parlaments werden dabei auch Sanierungsmassnahmen zu prüfen sein, die eine Rücknahme der flächendeckenden Versorgung mit öffentlichen Gütern und damit verbunden eine vermehrte Konzentration auf die Zentralität der Aufgabenerfüllung sowie eine spürbare Ausdünnung und Qualitätssenkung des kantonalen Leistungsangebots mit sich bringen können. Ein Abbau von staatlichen Aufgaben und Förderungsmassnahmen mit dem entsprechenden Stellenabbau wird ebenso unausweichlich sein, wie eine neue Priorisierung der Investitionen. Der Regierungsrat wird in diesem Zusammenhang auch eine Forcierung der Desinvestitionen prüfen. Mit Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung ist zudem eine konkrete Wachstumsstrategie mit den dazugehörigen konkreten Massnahmen zu erarbeiten. So lässt sich geradlinig skizzieren, welche Therapie der Grosse Rat dem Kanton verordnet hat und wie sie der Regierungsrat umsetzen will.

Aus dem Ganzen lässt sich folgendes Fazit ziehen:

1. Der Grosse Rat und der Regierungsrat sind sich dem Ernst der finanzpolitischen Lage bewusst. Mit der parla-

mentarischen Überweisung der Motion der Finanzkommission wurden die finanzpolitischen Zielwerte konsequent festgelegt. Es liegt nun am Regierungsrat, die konkrete Umsetzung der Vorgaben der Motion der Finanzkommission vorzubereiten.

2. Mit der parlamentarischen Überweisung dieses Vorstosses als Motion bringt der Grosse Rat den unmissverständlichen Willen zum Ausdruck, den Finanzhaushalt nachhaltig zu sanieren. Er nimmt dabei bewusst in Kauf, dass dieser Prozess auch „schmerzhaft“ ausfallen könnte. Die Bedenken des Regierungsrates, die ihn dazu bewegen haben, den Vorstoss der Finanzkommission als Postulat anzunehmen, werden vom Grosse Rat nicht in gleicher Weise geteilt.

3. Wesentliche Elemente, die zu einer finanzpolitischen Kurskorrektur gehören, sind im Kanton Bern bereits eingeleitet worden oder werden demnächst angepackt. Dazu gehören:

Neufestlegung der Arbeitsteilung zwischen dem privaten und dem öffentlichen Sektor: Die in diesem Jahr durchzuführende strategische Aufgabenüberprüfung bildet die



Regierungsrat Urs Gasche
Finanzdirektor Kanton Bern

Kurzportrait

Der 47-jährige Berner Finanzdirektor Urs Gasche ist verheiratet, vierfacher Vater und wohnt in Fraubrunnen. Er war vor seiner Regierungstätigkeit selbständiger Anwalt in einem Berner Anwaltsbüro. Nach seinem Studium und Abschluss als Fürsprecher hat Urs Gasche sechs Jahre im Amt für Gemeinden und Raumordnung als Kreisjurist, Chef Rechtsdienst sowie Kreisvorsteher Oberland und Fachbereichsleiter Recht gearbeitet. Der Berner Finanzdirektor präsidierte unter anderem sieben Jahre den Gemeinderat von Fraubrunnen und engagierte sich in verschiedensten politischen Chargen.

Grundlage dafür, an der heutigen Arbeitsteilung zwischen privatem und öffentlichem Sektor Änderungen vorzunehmen. Es ist deshalb nicht auszuschliessen, dass eine Reihe gegenwärtig vom Kanton angebotenen Leistungen künftig reduziert oder ganz wegfallen



werden. Entflechtung des Kantons und der Gemeinden im Rahmen einer Neuverteilung der Aufgaben: Mit dem in diesem Jahr in Kraft gesetzten neuen Finanzausgleich soll eine klare Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden vollzogen werden. Grundsätzlich erfüllt der Kanton lediglich jene Aufgaben, die auf Gemeindeebene nicht oder nicht effizient vollzogen werden können (Subsidiaritätsprinzip). Zudem sind kantonale Aufgaben vom Kanton und kommunale Aufgaben von den Gemeinden zu finanzieren. Bei sogenannten Verbundaufgaben - Aufgaben, bei denen eine Zusammenarbeit zwischen Kanton und Gemeinden weiterhin sinnvoll ist - sollen Entscheidungsbefugnisse und Finanzierung möglichst stufengerecht und im Sinne grösstmöglicher Effizienz geregelt werden.

Angemessener Ausgleich der Steuerkraft

Der Finanzausgleich innerhalb des Kantons Bern soll auf diese Weise für einen angemessenen Ausgleich der Steuerkraft und Steuerbelastung zwischen den Gemeinden sorgen und ihnen die nötigen Mittel für die Erfüllung ihrer Aufgaben verschaffen, ohne einen gesunden Wettbewerb zu eliminieren. Kein Protektionismus bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen: Das Gesetz über das öffentliche Beschaffungswesen bezweckt die Öffnung des Marktes der öffentlichen Beschaffungen der Kantone, Gemeinden und anderer Träger kantonaler oder kommunaler Aufgaben. Es wird demnächst im Grossen Rat behandelt. Führung der öffentlichen Verwaltung nach den Grundsätzen des „New Public Management“: Der Grosse Rat hat bereits letztes Jahr entschieden, dass die neue Verwaltungsführung - NEF 2000, wie das Projekt im Kanton Bern

Zentrale, auf die Standortattraktivität beziehungsweise die wirtschaftliche Entwicklung des Kantons Bern wirkende Aufgabenbereiche analysieren und beurteilen sowie Massnahmen zu deren Verbesserung vorschlagen: Das war der Auftrag eines vom bernischen Regierungsrat geschaffenen Wirtschaftsrats aus verschiedenen renommierten Professoren. Die aus der Studie „Zukunftsstrategien für den Kanton Bern“ hervorgegangenen finanzpolitischen Empfehlungen lassen sich folgendermassen zusammenfassen:

- **Konsequente Fortführung einer transparenten und konsistenten Entschuldungspolitik**
- **Weitere Senkung der staatlichen Konsumausgaben**
- **Forcierung der Desinvestitionen**
- **Stärkung der Wirtschaftskraft mit gezielten Investitionen**
- **Schrittweises Vorgehen im Steuerbereich zur Senkung der Belastung der natürlichen Personen**

Der bernische Grosse Rat und der Regierungsrat sind im Begriff, aus diesen strategischen Leitlinien konkrete Massnahmen abzuleiten.

heisst - in der gesamten Kantonsverwaltung eingeführt werden soll (Gerichte vorläufig ausgenommen). Leistungsorientiertere Entlohnung im öffentlichen Sektor: Die Forderung nach einer flexibleren Lohngestaltung war Bestandteil des neuen Personalgesetzes. Obwohl das Gesetz vom Grossen Rat in der Januarsession 2002 an den Regierungsrat zur Überarbeitung zurückgewiesen worden ist, bin ich sicher, dass die Neuauflage des Gesetzes dieses Element der Flexibilisierung enthalten wird, um eine leistungsorientiertere Entlohnung bei der öffentlichen Hand zu ermöglichen. Im Übrigen ist der Beamtenstatus im Kanton Bern bereits 1996 abgeschafft worden. Privatisierung: An den beiden Unternehmen Berner Kantonalbank (BEKB) und BKW FMB Energie AG ist der Kanton zu jeweils rund 70 Prozent respektive 64 Prozent beteiligt. Die oben angesprochene Forcierung der Desinvestitionen bedeutet eine Weiterführung des vor einigen Jahren eingeleiteten Privatisierungsprozesses bei diesen beiden Unternehmen. Was aber sind die besonderen Herausforderungen, die sich im Zusammenhang mit der Umsetzung einer finanzpolitischen Therapie ergeben? Eine gute Diagnose und die beste Therapie nützen dem Patienten wenig, wenn er sie letztlich nicht akzeptiert. Für

eine nachhaltige Sanierung des Finanzhaushalts ist eine Senkung der Staatsausgaben unumgänglich. Dabei sind die beiden folgenden Probleme zu berücksichtigen:

Langfristige Konzipierung nötig

Der jährliche Aufwand des Kantons inkl. Spezialfinanzierungen beträgt rund 8 Milliarden Franken. Davon sind jedoch ca. 40 Prozent kurz- und mittelfristig nicht veränderbar (z.B. Passivzinsen, Abschreibungen, Beiträge an den Bund im Sozialversicherungsbereich). Der Anteil für Personalausgaben im kantonalen Haushalt umfasst weitere 45 Prozent, die kurz- und mittelfristig nur beschränkt beeinflussbar sind. Die kurz- und mittelfristig beeinflussbaren Aufwandpositionen umfassen lediglich 15 Prozent des Gesamtaufwands. Im Vordergrund steht dabei der Sachaufwand (z.B. Kantonsstrassenunterhalt, Laufende Anschaffung von Informatikmitteln oder Lehrmittel für Unterricht und Forschung). Damit wird erkennbar, dass der Prozess zur Senkung der Staatsausgaben langfristig konzipiert werden muss. Denn substanzielle Einsparungen erfordern in der Regel eine vorgängige Änderung der entsprechenden kantonalen Ge-

setze und Verordnungen, auf welchen die Leistungserbringung des Kantons basiert.

Überzeugungsarbeit in Parlament, Verwaltung und Öffentlichkeit

Eine nachhaltige Finanzpolitik, zu der unausweichlich eine Senkung der Staatsausgaben gehört, stellt ein „öffentliches Gut“ dar, zu deren Bereitstellung die Einzelnen in der Regel nicht beitragen wollen. Eine Straffung des bisherigen kantonalen Leistungsangebots wird bei den unmittelbar Betroffenen verständlicherweise Widerstand auslösen. Bei unseren Entscheidungen müssen wir deshalb besonders darauf achten, die Betroffenen von den durchzuführenden Massnahmen zu überzeugen und zu zeigen, dass dies im Sinne des Allgemeinwohls geschieht. Nur so dürfen wir darauf hoffen, in demokratischen Prozessen die nötige Zustimmung zu finden. Eine wichtige Rolle des Regierungsrates bei der Formulierung der künftigen Finanzpolitik sehe ich deshalb im Leisten von Überzeugungsarbeit gegenüber Parlament, Verwaltung und Öffentlichkeit. ◀

Bitte um Unterstützung



Die Positionen der SVP werden tagtäglich in zahlreichen Zeitungen, Radioprogrammen, Fernsehsendern und übers Internet verbreitet. Nicht immer wird unsere Haltung korrekt und unverfälscht wiedergegeben. Das schafft Verunsicherung. Deshalb ist es wichtig, dass wir uns direkt und ungefiltert an unsere Mitglieder wenden können. Neben dem wöchentlich erscheinenden Pressedienst und den Pressecommuniqués, die über www.svp.ch abonniert werden können, ist unsere Parteizeitung *SVPja* ein wichtiger Weg, Sie über unsere Politik zu informieren.

Die Kosten des *SVPja* werden durch freiwillige Abo-Beiträge und Inserate gedeckt. Mit dem Einzahlungsschein, der in dieser Ausgabe beigelegt ist, erhalten Sie die Möglichkeit, ihren jährlichen Abo-Beitrag von 35 Franken zu überweisen. Damit unterstützen Sie unsere Partei, die in letzter Zeit in ihrem Kampf für die Unabhängigkeit der Schweiz und für tiefere Steuern mehr und mehr alleine gelassen wurde. Sollten Sie Interesse an einem Inserat

im *SVPja* haben, können Sie gerne und ganz unverbindlich die Dokumentation bei uns bestellen (svpja@svp.ch; Fax 031 301 75 85) - Danke für Ihre Mithilfe!

Nationalrat Ueli Maurer, Parteipräsident

Online-Bestellung auf www.svp.ch

Bestellung SVP Shop 



SVP Kleber SVP Jass d SVP Jass f SVP Ballone SVP Kugelschreiber SVP Feuerzeug SVP Tischruchrolle

..... Expl. Kleber	Bogen à 35 Kleber	Fr. 6.--
..... Expl. Jass	deutschschweizer Karten franz. Karten	Fr. 3.--
..... Expl. Ballone	Sack à 50 Stück	Fr. 40.--
..... Expl. Kugelschreiber		Fr. 2.50
..... Expl. Feuerzeug	nachfüllbar	Fr. 5.--
..... Expl. Tischruchrolle	PVC, 1 x 100 m	Fr. 100.--

Alle Preise exkl. Versandkosten; inkl. MWST

Name Vorname

Adresse PLZ/Ort

Telefon Mail

Ort Datum Unterschrift

Bitte Talon einsenden an: Generalsekretariat SVP, Postfach, 3000 Bern 26, per Fax an 031 301 75 85 oder Mail gs@svp.ch